

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IX ZB 99/71

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Rosi S [REDACTED] geb. I [REDACTED],
[REDACTED] W [REDACTED] St., W [REDACTED], [REDACTED] USA,

Klägerin und Beschwerdeführerin,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. [REDACTED],
[REDACTED] -

E g g e n

Land N o r d r h e i n - W e s t f a l e n ,
vertreten durch die Landesrentenbehörde Nordrhein-Westfalen,
Düsseldorf, Tannenstraße 26,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 17. September 1974 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Zorn, Fuchs, Dr. Thumm und Portmann

beschlossen:

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 13. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 3. Dezember 1970 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt die Klägerin.

G r ü n d e

Mit Bescheid vom 28. Februar 1961 lehnte die Entschädigungsbehörde den Antrag auf Entschädigung für Schaden an Körper oder Gesundheit ab, weil die Klägerin sich grundlos geweigert habe, sich der angeordneten ärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Nachdem sich schließlich herausgestellt hatte, daß die Klägerin bereits im Februar 1960 aus Belgien in die USA ausgewandert war, ließ die Entschädigungsbehörde sie dort vertrauensärztlich untersuchen. Den Ergebnissen dieser Untersuchung entsprechend, erkannte die Behörde mit Bescheid vom 25. April 1963 einen allgemeinen körperlichen Erschöpfungszustand mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 % von 1944 bis Ende 1954 und um 5 % ab 1. Januar 1955 als Verfolgungsschaden an und bewilligte deswegen ein Heilverfahren sowie für die Zeit vom 1. Januar 1949 bis 31. Dezember 1954 Kapitalentschädigung und

- 3 -

Rente. Die auf Rente ab 1. Januar 1955 gerichtete Klage hielten das Land- und das Oberlandesgericht für unzulässig, weil der erste Bescheid vom 28. Februar 1961 unanfechtbar geworden sei. Das Berufungsurteil vom 14. Juli 1965 ist rechtskräftig geworden.

Im November 1966 beantragte die Klägerin erneut eine Rente, weil ihr Verfolgungsleiden zu nervösen Beschwerden geführt und sich damit verschlimmert habe. Die Behörde lehnte den Antrag ab. Klage und Berufung blieben ohne Erfolg.

Die auf Zulassung der Revision gerichtete Beschwerde ist gemäß § 219 Abs. 2 BEG nicht begründet.

Das Berufungsgericht hat weder bei den körperlichen noch bei den seelischen Beschwerden der Klägerin eine wesentliche Verschlimmerung seit dem Bescheid vom 25. April 1963 feststellen können. Schon deswegen mußte dem Verlangen der Klägerin auf Neufestsetzung einer Gesundheits-schadensrente nach §§ 35, 206 BEG der Erfolg versagt bleiben. Daß der vom Berufungsgericht gehörte ärztliche Sachverständige über die Ursachen der psychischen Beschwerden anderer Ansicht ist als der von der Entschädigungsbehörde im früheren Verfahren zugezogene Arzt, ist dabei ohne Belang.

Die Erwägungen des Berufungsgerichts zur Abhilfe entsprechen zwar nicht den Entscheidungen des Bundesgerichtshofs RZW 1972, 341; 344; 346. Das angefochtene Urteil ist jedoch aus einem anderen Grunde im Ergebnis richtig. Abhilfe setzt einen dahin gehenden Antrag des



Verfolgten voraus (BGH RZW 1972, 345). Einen solchen Antrag hat die Klägerin bis zum Schluß der mündlichen Verhandlung vor dem Berufungsgericht nicht gestellt. Mit der Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision kann sie ihn nicht mit der Wirkung nachholen, daß wegen des Abhilfebegehrens die Revision zuzulassen wäre (BGH RZW 1973, 150).

Mai

Dr. Thurn